

Eric Kurlander: The Price of Exclusion. Ethnicity, National Identity, and the Decline of German Liberalism, 1898–1933

New York/Oxford: Berghahn Books, 2006, (Monographs in German History 10) X und 387 S.

Am Beginn seiner ambitionierten, bei David Blackbourn in Harvard 2001 angenommenen Dissertation stellt Eric Kurlander eine starke These auf: »liberal decline was a direct result of the bourgeois parties compromising their universalist traditions in order to nurture a socially progressive yet vigorously ethnicist agenda. Indeed, German liberals prepared the ground for Nazism (. . .) by affirming and simultaneously exploiting the ethnic preoccupations of their middle-class constituencies.« Obwohl Kurlander erfreulicherweise zahlreiche Archivbestände eingesehen hat, sich mit bisherigen Forschungsansätzen beiderseits des Atlantiks – teils zu oberflächlich – auseinandersetzt und in 1560 Anmerkungen Belege für seine Aussagen zitiert, vermag die Studie insgesamt als Mischung aus lobenswerter Fleißarbeit und argumentativen Inkonsistenzen, wichtigen Fragen und monokausal verengten Antworten nicht zu überzeugen.

Wie bereits Alastair Thompson in seiner fundierten Studie zu den Left Liberals 1907–1918 (2000) hat Kurlander drei Regionen mit guten liberalen Wahlergebnissen ausgewählt, nämlich Schleswig-Holstein, Niederschlesien sowie das Elsaß. Hier betrachtet er die Gruppierungen des Freisinns, die Deutsche Demokratische Partei sowie punktuell die Deutsche Volkspartei in jeweils einem Kapitel 1898–1918 bzw. 1918–33 hinsichtlich Parteigeschichte und Verhalten bei politischen Streitfragen. Kurlander konstatiert bei den Linksliberalen nach 1898 eine Ablösung des universalistischen Patriotismus, wie er ihm zufolge in Westeuropa bestand, durch den völkischen Nationalismus Mitteleuropas. Diese nationalistische Verformung sei in Schleswig-Holstein dominant gewesen, in Schlesien wegen des hohen Anteils von Juden im Linksliberalismus (Georg Gothein, Adolf Heilberg) lange minoritär und im Elsaß aufgrund französisch-republikanischer Tradition sowie antipreußischem Eigenbewußtsein randständig. Im Gegensatz zu England, Frankreich oder den USA und wesentlich stärker als im deutschen Südwesten sei der Liberalismus Preußens, aber auch Mitteldeutschlands, von der Idee der rassistisch definierten Volksgemeinschaft durchdrungen worden. »Only German liberalism's widespread obsession with a racially pure Volksgemeinschaft – extant already in the Kaiserreich but exacerbated by wartime chauvinism and

the struggle to preserve German Volkstum abroad – made it possible for a generation of erstwhile Democrats to slip comfortably into the brown shirts of the NSDAP« (346 f.).

Kurlanders Fundamentalkritik am Liberalismus bleibt in mehrerlei Hinsicht problematisch. Erstens ist der völkische Nationalismus unter Linksliberalen überzeichnet, aus den Quellen unangemessen herausgelesen, ja öfter geradezu konstruiert durch Ausblenden wichtiger Fakten, Zitationsweise oder Betonung kontextgelöster Programmpunkte. So sieht Kurlander die Beteiligung der Liberalen am Bülow-Block 1907–09 schlicht als Sündenfall, ohne hinreichend seine Begründung (Ausbruch aus jahrzehntelanger Opposition), seine Projekte (Vereinsgesetz, Wahlrechts- und Finanzreform), sein Auseinanderfallen durch konservative Intransigenz sowie den folgenden Schwenk zur gesamtliberalen, partiell auch liberal-sozialdemokratischen Kooperation 1909–14 darzutun. Zwar hat Julius Kopsch 1916 den USPD-Anhänger Hugo Haase einmal als Juden verunglimpft (82 f.), aber aus der Quelle erfährt man, daß SPD-Abgeordnete ihn gleichzeitig Vaterlandsverräter schimpften. Grotesk wirkt u. a. der Halbsatz (44), daß nach 1918 »liberals often joined together with conservatives to assuage the völkisch right.« Anders als Kurlander nahelegt, war der linke Flügel des Liberalismus nicht Hauptpropagandist von Antisemitismus, Annexionismus, Kriegspolitik oder territorialem Revanchismus. Selbst unter Einschluß von Renegaten wie Gottfried Traub und eines Gutteils der Nationalliberalen blieb dies Standardrepertoire der nichtliberalen Rechten, deren rabiatere Nationalismus aber unerörtert bleibt. Allerdings betrachtete der Liberalismus den deutschen Nationalstaat als gültigen Wert, wollte damit ein Bindemittel gegen den Zerfall in Interessengruppen gewinnen und suchte – wie auch die SPD – die deutschem Selbstbestimmungsrecht widersprechenden Versailler Regelungen abzustreifen. Aber sowohl die Liberalen im Bülow-Block wie Stresemanns diplomatischer Revisionismus oder die Weimarer Minderheitenpolitik in Schleswig und Oberschlesien waren weit entfernt von völkischer Gewaltpolitik. Bereits 1978 hat Jürgen C. Heß den Weimarer »demokratischen Nationalismus« in der Gefahr gesehen, rechten Parolen Vorschub zu leisten, aber ebenso die liberale Bindung an Verfassung, friedlichen Ausgleich, Individualrechte herausgestellt und insgesamt die Wesensunterschiede in Methoden wie Zielen betont. Die liberale Haltung hier bedeutete nicht Verabsolutierung der Nation oder Rassismus und hätte Europa besser getan.

Zweitens wird der gesamtpolitische Kontext nur inadäquat erfaßt und zudem die Bedeutung von Begriffen verkannt, trotz Zitation der Arbeit von Steffen Bruendel zum Begriff des Volksstaates (2003). Daß der Nationalsozialismus die Volksgemeinschaft als Ende des Konfliktes von Kapital und Arbeit, des Parteienstaats und der sozialökonomischen Modernisierungslasten anpreisen

konnte, hatte einerseits mit Verwerfungen der politischen kaiserzeitlichen Kultur wie Parteienablehnung oder fehlender Parlamentarisierung und andererseits mit außenpolitischen wie ökonomischen Belastungen der überforderten Weimarer Republik zu tun. Letztere nennt Kurlander zwar mehrfach (z. B. 273) als Ursachen für die Wählerwanderung zur NSDAP, macht im Globalurteil aber nur die nationalistische Verbiegung der Liberalen verantwortlich. Selbst hierbei schwankt er zwischen Verben wie beitragen, begründen oder (allein) verursachen. Der liberal-demokratische – und zudem von der nicht angeschuldigten Sozialdemokratie benutzte! – Begriff des Volksstaats als Ablösung des monarchischen Obrigkeitsstaats war genetisch-konzeptionell nie identisch mit der Volksgemeinschaft der deutschen Rechten. Zwar gab es in Weimars Endphase u. a. bei Eugen Schiffer oder Willy Hellpach Gedanken an eine autoritär-ständestaatliche Umgestaltung des Parlamentarismus, aber daß diese Ideen das Vorbild für Nationalsozialisten oder massenhaft Grund, sie zu wählen, gewesen sind, bleibt wenig plausibel.

Dies leitet zum dritten Einwand gegen Kurlanders Hauptthese über, nämlich zur Frage der Kausalitäten, die er nirgends als abgewogene Faktorenanalyse stringent bilanziert, sondern sogar widersprüchlich darlegt. Haben liberale Parteifunktionäre den völkischen Nationalismus in der deutschen politischen Kultur etabliert oder sind sie, jedenfalls bei Linksliberalen und DDP, diesem nicht vielmehr rhetorisch hinterhergelaufen, um Wähler zu behalten? Kurlander selbst gesteht (265) zu, daß für die schlesische DDP schon bis 1928 galt: »universalist proclivities proved devastating at the polls« oder daß der DDP das Regierungsbündnis mit der SPD »cost them immensely at home, where völkisch sentiments ran high« (199). Auf Seite 187 wird der ansonsten gebrandmarkte völkische Liberalismus in Schleswig-Holstein als »last, best chance for German democracy in the region« bezeichnet und auf Seite 203 die DDP als republikanische, nicht antisemitische Partei der Kooperation mit der SPD gelobt, deren Konzept des »healthy patriotism« leider von vielen Wählern zugunsten der nationalistischen Hetze der Rechtsparteien verschmäht worden sei. Wenn der Linksliberalismus bis 1930 sowohl bei völkischer Färbung in Schleswig-Holstein wie universalistischer Beharrung in Schlesien dramatisch verlor, muß man logisch schließen, daß andere Motive als nur Nationalismus diese Wählerabwanderung bedingten. Kurlander redet diese Faktoren klein.

Auf der letzten Seite (348) wird formuliert, wie der Titel »The Price of Exclusion« auch zu verstehen sein soll, nämlich, daß der jahrzehntelange Ausschluß der laut Kurlander eigentlich liberalen SPD aus dem politischen Mainstream den Kollaps des Liberalismus und den Aufstieg des Nationalsozialismus herbeigeführt habe. Diesen Ausschluß kann man aber nach 1898 so pauschal nicht dem linksliberalen Flügel, zu Zeiten wohl den Moderatliberalen,

bestimmt aber Rechtsparteien und kaiserlichen Regierungen vorwerfen. Großblock in Baden, Reichstags-Stichwahlabkommen, interfraktioneller Ausschuß, Weimarer Koalitionen u. a. in Preußen und Hamburg 1919–32 oder reichische Große Koalitionen 1923 und 1928–30 belegen gerade sozial-liberale Kooperation. Man mag mit Kurlander bedauern, daß Liberale nicht Sozialdemokraten waren und Deutschland nicht durchgängig von einer sozial-liberalen Koalition regiert wurde. Aber der Historiker analysiert Realgeschichte und es existierten eben divergierende Trägerschichten und legitime Differenzen in Programmatik bzw. politischen Zielen. Vor allem: Liberalismus und SPD konkurrierten im städtisch-protestantischen Raum um überlappende Wählergruppen. Daran wie an Revolutionsrhetorik, Antikapitalismus und stolzer Selbstisolation der Sozialdemokraten in manchen Wahlkreisen – zudem auch an Zentrumsparterie, machtvollen Konservativen und rechtsorientierter Regierung – scheiterte eine sozial-liberale Reformkoalition vor 1918. Den elsässischen Liberalen gesteht Kurlander (151) die legitime Differenz zur SPD auch zu. Berücksichtigt man eine lange geringere Stärke der Arbeiterparterie und den dominanten liberal-demokratischen Republikanismus in Frankreich, dann wird die erschwerte Konstellation für Liberale in Preußen-Deutschland umso klarer.

Diese Konstellation liegt der These von deutschen Sonderbedingungen zugrunde, die Kurlander im Sinne mancher angloamerikanischer Historiker ablehnt. Paradoxiertweise werden im Buch dann doch mancherlei Facetten davon bejaht: »German divergence from the west« im politischen Wertehimmel, obrigkeitlich gedeckelte politische Kultur, Unterscheidung zwischen preußischem Nordosten und Südwestdeutschland. Kurlander hätte Faktoren wie Bismarcks Regierungssystem und die langjährige Machtferne des Liberalismus im Reich, den Schock von Versailles oder die mehrfach bedrohte Lage des Mittelstands als weitere spezifische Schwierigkeiten für Nation und Liberalismus in Preußen-Deutschland, die den Liberalen nicht anzulasten sind, in seine Bilanz einbeziehen müssen. Aber er bleibt einäugig.

Zahlreiche Flüchtigkeitsfehler bei Titelzitationen und selbst im nachträglich auf der Verlags-Homepage ausgetauschten Register, unschöne Inkongruenzen bei Anmerkungstexten (z. B. 273, Anm. 263), das Verwechseln der Brüder Walther und Lothar Engelbert Schücking (47) sowie die wahlanalytisch hanebüchene Behauptung (226), die quantitative Übereinstimmung des DDP- und DNVP-Stimmenanteils 1919 mit dem NSDAP-Anteil 1932 belege die »one-to-one transition of the Schleswig-Holstein liberal constituency from liberal to NSDAP« lassen das Vertrauen zu Kurlander auch in formal-methodischer Hinsicht nicht gerade wachsen.

Fazit: Bisherige Autoren wie Jürgen C. Heß, Alastair Thompson oder Larry E. Jones in seiner Aufsatzsammlung von 1988, zuletzt auch die von Kurlander

gelobte Studie von Thomas Göthel zur Weimarer Minderheitenpolitik von 2002, haben die »nationale Achillesferse« des Liberalismus argumentativ überzeugender, nicht platt entschuldigend, aber historisch differenzierter und urteilsgerechter analysiert. Trotz seiner empirischen Forschung kann die verkürzte, in sich widersprüchliche Perspektive Kurlanders nicht überzeugen.

Berlin

Hartwin Spenkuch